

Brandschutz

Die Diktatur der Feuermelder

Wenn Schulen wie Strafanstalten aussehen, Bauprojekte immer teurer und Flughäfen nicht fertig werden, geht es meist um ausufernden Brandschutz. Der droht das Land zu ersticken.

Von **Dirk Asendorpf**

7. Juli 2016 / DIE ZEIT Nr. 29/2016, 7. Juli 2016 / [122 Kommentare](#) /

AUS DER [ZEIT NR. 29/2016](#)



6,8 Milliarden Euro betrug der Umsatz mit Brandschutzprodukten 2014 in Deutschland. © Daniel Bockwoldt/dpa

Morgens früh um fünf Uhr rückte das Räumkommando an. Am ersten Tag nach den Sommerferien leistete es in der Braunschweiger Grundschule Heinrichstraße ganze Arbeit. Die Männer schraubten alle Garderobenhaken ab und entfernten die große Infotafel am Eingang. Selbst die Schülerzeichnungen durften nicht an den Wänden hängen bleiben. Als um sieben Uhr die Schulleiterin Germaid Rau eintraf, stand sie fassungslos vor leer geräumten Gängen. Niemand hatte sie vor dem Überfall im Morgengrauen gewarnt, den die Braunschweiger Baubehörde angeordnet hatte. Die Aktion stand im Zeichen einer höheren Macht: des Brandschutzes [<https://www.zeit.de/wirtschaft/2016-03/ber-hauptstadtflughafen-brandschutz-verordnung-eroeffnung-verspaetung>].

Dieser Macht, so hat man den Eindruck, muss sich in Deutschland heute vieles

unterordnen. Wenn Schulen plötzlich wie Strafanstalten aussehen, Kulturzentren schließen, Flughäfen nicht fertig und Bauprojekte immer teurer werden, dann hat das oft dieselbe Ursache: die Brandschutzbestimmungen. Diese wurden in den vergangenen Jahren immer strenger, so streng, dass Aufwand und Ertrag kaum noch in einem vernünftigen Verhältnis stehen.

Dass zum Beispiel in der Braunschweiger Grundschule alle Garderobenhaken abmontiert wurden, liegt an der steten Angst vor einem möglichen Feuer: An Garderobenhaken hängen schließlich Jacken und Mäntel – und die könnten bei einem Brand Feuer fangen und die Flure unpassierbar machen. Also, weg mit der Garderobe [<https://www.zeit.de/zeit-magazin/2015/31/kleiderbuegel-garderobe-diy-skandinavisches-design-wundertuete>]! "Nun mussten die Schüler ihre Schuhe und Jacken mit ins Klassenzimmer nehmen", erzählt Schulleiterin Germaid Rau und ärgert sich vor allem darüber, dass das "alles über meinen Kopf hinweg" geschah. Die Baubehörde hatte zwar den Hausmeister informiert, doch niemand hatte es für nötig gehalten, auch die Schulleiterin in Kenntnis zu setzen.

Braunschweig ist überall. In anderen Schulen müssen die hölzernen Kruzifixe von der Wand genommen werden – Brandgefahr! In Hamburg wurde vergangenes Jahr aus demselben Grund der traditionelle Weihnachtsbaum aus dem Rathaus verbannt. Dabei hatte der Baum bereits eine brandsichere elektrische Beleuchtung. Allein die Tatsache, dass er aus Nadelholz bestand, galt plötzlich als nicht tolerierbares Risiko. Auch anderswo muss die Tradition dem Brandschutz weichen. In Tübingen wollte man vor einigen Jahren die alte Sitte der Sänger- und Liedermacherfeste im Schlosshof wieder aufleben lassen – ging nicht, aus Brandschutzgründen.

Im benachbarten Stuttgart musste ausgerechnet das geliebte Wahrzeichen der Stadt, der 1956 eröffnete Fernsehturm, geschlossen werden. Nach fast sechs Jahrzehnten Besucherbetrieb stellte man mit einem Mal fest: Dem 216 Meter hohen Turm fehlt ja ein zweiter Fluchtweg! Von einer "lebensbedrohenden Falle" sprach im März 2013 Oberbürgermeister Fritz Kuhn und verfügte, die Stuttgarter Attraktion dichtzumachen. Erst im Januar dieses Jahres wurde der Fernsehturm wieder geöffnet.

Einen zweiten Fluchtweg hat er zwar immer noch nicht, dafür wurden fast zwei Millionen Euro in feuerfeste Materialien und andere Schutzmaßnahmen investiert. In Nürnberg, Köln und Hamburg dagegen sind die Fernsehtürme [<https://www.zeit.de/kultur/film/2015-04/art-girls-film-robert-bramkamp>] aus Angst vor einem Feuer bis heute für die Öffentlichkeit geschlossen. Weder die Städte noch private Pächter wollten die hohen Kosten für den Brandschutz

übernehmen.

Wer heute im Brandschutzgewerbe tätig ist, darf sich über goldene Zeiten freuen. Rund sieben Milliarden Euro werden pro Jahr für Brandschutzprodukte insgesamt ausgegeben, schreibt das Branchenmagazin *FeuerTRUTZ*. Allein mit Brandmeldetechnik wurden 2015 knapp 1,7 Milliarden umgesetzt – Tendenz seit Jahren steigend. Man kann fast sicher sein: Wann immer irgendwo die Kosten für ein Großbauprojekt ins Uferlose steigen, geht es auch um den Brandschutz. Prominentestes Beispiel ist das Drama um den Berliner Hauptstadtflughafen [<https://www.zeit.de/wirtschaft/2016-04/flughafen-berlin-brandenburg-ber-eroeffnung>]. Seit vier Jahren verhindern dort Mängel an der Entrauchungsanlage die Eröffnung. Das hat nicht nur mit baulicher Schlamperei und Missmanagement zu tun, sondern auch damit, dass die Brandschutzanforderungen im Laufe der Bauzeit immer strenger wurden – und die nachträgliche Berücksichtigung dieser Auflagen viele Planungen über den Haufen warf. Auch dass der Großbahnhof Stuttgart 21 immer teurer und später als geplant fertig wird, hängt mit dem Brandschutz zusammen. Weil das Feuerkonzept geändert wurde, muss die Haupthalle des Bahnhofs neu geplant werden. Kosten: 78 Millionen Euro.

Wie im Großen, so im Kleinen. In Lokalzeitungen findet man immer wieder Geschichten von Hotelbesitzern oder Gastwirten, die wegen exorbitanter Kostensteigerungen beim Brandschutz ihre (zum Teil alteingesessenen) Häuser dichtmachen müssen. Leer stehende Wohnungen können nicht vermietet, Veranstaltungsräume nicht genutzt werden, weil ein zweiter Rettungsweg fehlt.

An vielen Stellen schwammig und widersprüchlich

Angesichts dieser obsessiven Angst vor dem Feuer sollte man meinen, in Deutschland brenne es besonders häufig oder heftig. Dem ist keineswegs so. So vergleicht etwa die International Association of Fire and Rescue Services jedes Jahr weltweit die Feuergefahr in den Großstädten. Berlin – als einzige erfasste deutsche Stadt – liegt bei der Zahl der Feuer pro Million Einwohner im Mittelfeld, bei der Zahl der Todesopfer im unteren Drittel. Ohnehin fordern Brände in allen untersuchten Städten nur sehr wenige Opfer: Pro Million Einwohner sind es im Durchschnitt der internationalen Großstädte [<https://www.zeit.de/wirtschaft/2015-12/immobilien-preise-anstieg-blase-grossstaedte>] elf im Jahr, in Berlin weniger als halb so viele.

Auch im Rest des Landes ist die Feuergefahr überschaubar. Genau 347 Tote durch "Rauch, Feuer und Flammen" zählte das Statistische Bundesamt in Deutschland 2014, das entspricht weniger als 0,1 Prozent aller Todesfälle. Zum Vergleich: 389

Menschen starben durch Ertrinken, 49 davon in einer Badewanne, beim Verschlucken von Nahrungsmitteln starben 299, beim Sturz von einer Leiter 130.

Im Straßenverkehr kommen regelmäßig zehn Mal so viele Menschen zu Tode wie bei Bränden. Würde man die Sicherheitsmaßstäbe für den Schutz vor Feuer an den Verkehr anlegen, dann dürften Autos nur noch mit Tempo 20 durch die Innenstädte schleichen – abgepuffert durch eine halbmeterdicke Rundumschaumstoffverkleidung.

Doch das ist die Logik der Statistik. In der öffentlichen Wahrnehmung ist die dunkle Rauchsäule eines Brandes allemal spektakulärer und angsteinflößender als der Blechhaufen eines Autounfalls. Genau diese Wahrnehmung setzt politische Reflexe frei. Zum einschneidenden Ereignis wurde der Brand im Düsseldorfer Flughafen im April 1996 [<https://www.zeit.de/1996/17/airport.txt.19960419.xml>]. Damals starben 17 Menschen, 72 wurden schwer, mehrere Hundert leicht verletzt. Ein Schmelzbrand hatte sich in der Zwischendecke der Abflughalle ausgebreitet und auf einer Länge von mehreren Hundert Metern Kabel und Kunststoffe entzündet. Schlagartig waren Teile der Abflughalle verbrannt, unter den rund 2.000 Menschen, die sich dort aufhielten, brach Panik aus.

Es war eine Zäsur für den Brandschutz, seine Folgen wirken bis heute nach. Denn als größte Gefahr gilt nicht mehr das Feuer, sondern giftiger Qualm. Die Vorschriften für Entrauchungsanlagen und Fluchtwege wurden nach und nach verschärft oder strenger ausgelegt. In den meisten Bundesländern ist heute die Anbringung von Rauchmeldern in Privatwohnungen Pflicht. Und im Zuge der allgemeinen Sicherheitsdebatte entwickelte sich der Drang zur Nullrisikokultur.

Schwere Brandschutztüren zwischen Treppenhaus und Fluren sollen nun die Ausbreitung von Rauch verhindern – für Rollstuhlfahrer sind sie kaum zu öffnen. Automatische Schließer sorgen dafür, dass Türen stets wieder zuschnappen, das (vielerorts praktizierte) Offenhalten mit Keilen oder Haken ist strikt verboten. Lösen Rauchmelder Alarm aus, sollen sich über den Treppenhäusern Dachklappen automatisch öffnen, damit der Rauch abziehen kann. Flure und Treppenhäuser, die als Fluchtwege dienen, müssen frei von sogenannten Brandlasten sein – Kleidung, Papier, Holz, Kunststoffen.

Dabei sind die in Hunderten Gesetzen, Verordnungen, Normen, Regeln und Ausnahmeregelungen festgelegten Brandschutzaufgaben an vielen Stellen schwammig und widersprüchlich. Wenn es etwa heißt, eine Nachrüstung sei "unverzüglich" vorzunehmen, dann denkt nur der Laie, damit sei "sofort" gemeint. In Wahrheit ist jeweils die "subjektive Zumutbarkeit des alsbaldigen Handelns" zu berücksichtigen. Derartige Vorgaben bringen jeden Praktiker zur Verzweifeln.

Hinzu kommt, dass sich die Vorschriften von Bundesland zu Bundesland [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-03/landtagswahlen-baden-wuerttemberg-sachsen-anhalt-rheinland-pfalz-wahlsonntag-liveblog>] unterscheiden: Bauordnungen und Notfallpläne sind Ländersache. Mal sind Rauchklappen ab sieben Metern Geschosshöhe Vorschrift, mal erst ab 13 Metern. In Bayern muss der Abzug einen Quadratmeter groß sein, in Brandenburg reicht unter bestimmten Voraussetzungen schon ein halber.

Auch die Sicherheitsphilosophie hat sich in den vergangenen Jahren gewandelt, weg von konkreten Bauvorgaben, wie der Stärke von Brandwänden oder der Beschaffenheit von Türrahmen, hin zu allgemeinen Schutzzielen für Menschen, Gebäude und Umwelt. Ob die bei einer bestimmten Wand schon mit Feuerwiderstandsklasse F60 oder erst mit F90 erfüllt sind, kann ein Architekt oft nicht mehr beurteilen. Die Gesetzeslage und ihre mögliche Auslegung durch ein Gericht sind einfach zu unübersichtlich. Zunehmend sind Planer und Architekten [<https://www.zeit.de/2016/23/architektur-biennale-venedig-deutsche-pavillon-oliver-elser>] deshalb auf sogenannte Brandschutzsachverständige angewiesen. Diese Sachverständigen leben davon, dass die Regeln möglichst zahlreich und die Kriterien für ihre Anwendung möglichst undurchsichtig bleiben. Inzwischen kann es passieren, dass die Hälfte der Kosten einer Baugenehmigung für das Brandschutzgutachten anfallen.

Das Schutzkonzept der Bildungsbehörden: Dreißig Seiten, die kaum jemand versteht

Die Dresdener Brandschutz-Prüfingenieurin Sylvia Heilmann ist eine der wenigen Sachverständigen, die den Trend zur Überregulierung auch öffentlich anprangern. "Die Vollkommenheit im Brandschutz entsteht keinesfalls dann, wenn man nichts mehr hinzufügen könnte", schreibt sie in einem Fachaufsatz, "sondern sie ist dann erreicht, wenn auf nichts mehr verzichtet werden kann." Nicht alles Mögliche, sondern das unbedingt Notwendige sei der richtige Maßstab. Sachverständige müssten sich trauen, von der Anwendung einer unverhältnismäßigen Regel auch einmal Abstand zu nehmen. "Leider zeigt sich in der Praxis, dass sie diesem Anspruch nicht mehr gerecht werden können oder wollen."

"Ich will ruhig schlafen können"

Beim Brandschutz geht es eben nicht nur um Sicherheit, sondern auch ums Geschäft. Über 25.000 Fachleute sind heute in Deutschland in Sachen "Vorbeugender Brandschutz" tätig, ermittelte das Branchenblatt *FeuerTRUTZ*, der Bundesverband Brandschutz-Fachbetriebe e. V. (bvbf) berichtet von einem

erfreulichen Mitgliederwachstum. Noch vor Jahren war die Szene zersplittert. 2011 wurden die einschlägigen drei Fachverbände zum bvbF fusioniert, um eine "Stärkung der einheitlichen Interessenvertretung" zu erreichen und "dem Brandschutz ein höheres politisches Gewicht zu verleihen". Die Lobbyarbeit [<https://www.zeit.de/wirtschaft/2016-04/vitamine-wirkung-gesundheit-risiko-pharmaindustrie-lobbyarbeit>] ist offenbar vorzüglich gelungen.

In Braunschweig etwa verschlingt der Brandschutz inzwischen über ein Drittel des Etats für die Sanierung öffentlicher Gebäude, pro Jahr rund 20 Millionen Euro. Zusätzlich wurden 13 Stellen in Behörden und Feuerwehr neu geschaffen, um für Planung und Koordination des Brandschutzes zu sorgen.

Statt in die moderne Ausrüstung für Schulen zu investieren, muss neuerdings erst einmal dafür gesorgt werden, dass alle Gebäude einen zweiten "baulichen Rettungsweg" haben. Die Folgen dieser Vorschrift bekam beispielsweise die Braunschweiger Grundschule Hohestieg zu spüren. 123 Jahre lang hat niemand ein Problem darin gesehen, dass das wilhelminische Backsteingebäude nur ein einziges Treppenhaus besitzt. Dann hieß es: Sicherheitsrisiko! Nun steht seit 2015 an der denkmalgeschützten Fassade [<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-10/obdachlosigkeit-sozialwohnung-sozialpolitik>] eine zehn Meter hohe provisorische Gerüsttreppe, die jede Woche 500 Euro Miete kostet. Mit dem Geld könnte man fast eine halbe Lehrerstelle finanzieren.

Zuvor wurde das Problem anders gelöst: Als zweiten Rettungsweg hatte man die Drehleiter der Feuerwehr eingeplant, die im Brandfall angerückt wäre. Über diese hätte man Schüler und Lehrer durch die großen Fenster der Klassenräume evakuieren können. Dieses Prinzip ist in vielen Gebäuden als zweiter Rettungsweg vorgesehen. Deshalb dürfen Wohnungen, zu denen bloß eine einzige Treppe führt, nur so hoch liegen, wie die Leitern der lokalen Feuerwehr lang sind.

Wenn allerdings enge Einfahrten oder Straßenbäume die Leiterwagen der Feuerwehr [<https://www.zeit.de/2015/16/brand-altenheim-hamburg-schenefeld>] behindern würden, kann dieses Prinzip außer Kraft gesetzt werden – was vor allem bei der Genehmigung größerer Umbaumaßnahmen häufig zu bösen Überraschungen führt. Für sogenannte Sonderbauten aber – Schulen, Krankenhäuser, Kindergärten, Hotels oder Heime – geht überall der Trend zur zweiten fest verankerten Treppe, wenn möglich im Inneren des Gebäudes. Konkret vorgeschrieben ist das zwar nirgends, aber die bisherigen Regeln werden zunehmend eng ausgelegt.

Das liegt zum einen im sicherheitsorientierten Trend der Zeit. Zum anderen haben spektakuläre Brände das Umdenken befördert. In Braunschweig etwa brannten

innerhalb weniger Monate eine Kita, eine Tiefgarage und zwei Sporthallen aus. Menschen kamen nicht zu Schaden, der Sachschaden aber war enorm. "Abstraktes ist plötzlich konkret geworden", sagt Michaela Springhorn, die leitende Baudirektorin der Stadt. Sie trägt die Verantwortung für den Brandschutz in Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden und wendet die entsprechenden Regeln jetzt zunehmend restriktiv an. "Ich will ruhig schlafen können", sagt die Bauingenieurin.

Deshalb wurden im vergangenen Jahr elf Braunschweiger Schulen mit hässlichen provisorischen Gerüsttreppen ausgestattet. Die sind zwar teuer, aber eine feste Außentreppe wäre noch teurer. Rund 300.000 Euro müsste man dafür an der Grundschule Hohestieg veranschlagen. Im Büro der Schulleiterin Gabriele Hübner füllt der Briefwechsel zum Thema Brandschutzauflagen inzwischen einen dicken Leitz-Ordner. Bauzeichnungen stecken darin und viele Protokolle über durchgeführte Unterweisungen und Evakuierungsübungen, außerdem ein Runderlass des niedersächsischen Kultusministeriums. Auf 30 eng bedruckten Seiten werden dort Vorschriften für "Erste Hilfe [<https://www.zeit.de/2015/40/hamburg-fluechtlinge-ratgeber-smartphone>], Brandschutz und Evakuierung" ausgebreitet. "Jeder dritte Satz ist unverständlich", sagt die Schulleiterin.

Für derartige Klagen hat selbst Michael Hanne Verständnis, der die Braunschweiger Berufsfeuerwehr leitet. Von Brandschutz-Aktionismus hält er nichts. Um die Räumung einer Schule müsse man sich zum Beispiel keine großen Sorgen machen. Im Alarmfall wüssten Schüler schon, wie sie am schnellsten ins Freie kommen. "Die machen doch alle 45 Minuten eine Evakuierungsübung Richtung Pausenhof", sagt Hanne.

Imprägniert mit feuerfester Spezialfarbe

Auch bei der Beurteilung von Bildern und Schuhen in den Schulfluren ist der Feuerwehrchef entspannter als die Baubehörde. "Wir ziehen die Zügel nur langsam an", versichert Hanne und wirbt für "Augenmaß". Gemütliche Kuschelecken mit Sofas, Stelltafeln aus Kunststoff oder Holzmöbel würde auch er in keinem Rettungsweg dulden. Aber die Feuerwehr melde sich vor jeder Brandverhütungsschau (die an Schulen einmal alle drei Jahre stattfindet) sehr rechtzeitig an. Der Schulleitung bleibe so genügend Zeit, um Türen zu schließen und Fluchtwege [<https://www.zeit.de/bahn-schafherde-untersuchungsbericht>] frei zu räumen. "Ansonsten wären die Mängelberichte drei Mal so dick", versichert Hanne.

Andererseits kennt der Feuerwehrchef die Sorge der zuständigen Beamten, für

mögliche Schäden haftbar gemacht zu werden: "Der Druck ist da." Als Hanne 1980 bei der Feuerwehr in Braunschweig anfing, war das noch anders. Heute jedoch hätten mehr Menschen eine Rechtsschutzversicherung, und die Bereitschaft, diese im Zweifel für eine Klage zu nutzen, habe ebenso deutlich zugenommen.

Dabei zeigt die Statistik, dass die Verschärfung der Schutzvorschriften wenig gebracht hat: In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der Brandtoten auf einem mehr oder weniger gleichbleibenden Niveau eingependelt – völlig unbeeinflusst von dem immer größer werdenden Aufwand in Sachen Brandschutz. Zudem hat es in allen öffentlichen Gebäuden Deutschlands – inklusive der 30.000 Schulen im Land – in keinem der vergangenen 15 Jahre mehr als drei Brandtote [<https://www.zeit.de/2015/28/feuerwehr-digitalisierung-roboter>] gegeben. In keiner Altersgruppe ist die Gefahr, an den Folgen von Feuer oder Rauch zu sterben, geringer als bei den 5- bis 20-Jährigen. Für 2014 weist die Statistik für diese Gruppe, zu der praktisch alle Schüler gehören, genau neun Todesfälle aus, kein einziger davon in einem öffentlichen Gebäude.

Ein Zuviel der Vorsorge kann sogar schaden. Allein in Braunschweig gibt es 480 Gebäude mit automatischen Brandmeldeanlagen. Dazu kommen Zehntausende Rauchmelder in Privatwohnungen. Immer häufiger hat es die Feuerwehr deshalb mit Fehlalarmen zu tun, die Geld und vor allem Zeit kosten. Denn wann immer Nachbarn – vom gellenden Warnton eines Rauchmelders aufgeschreckt – den Notruf wählen, muss die Feuerwehr ausrücken. Meist steht sie dann vor einer verschlossenen Wohnungstür [<https://www.zeit.de/2016/15/bruessel-milieu-jugendliche-islamismus-radikalisierung-schaerbeek>]. Drinnen piepst es schrill, doch von Rauch oder Feuer keine Spur. Dann steht die Feuerwehr vor einer schwierigen Entscheidung. "Wir dürften zwar die Tür aufbrechen", sagt Michael Hanne, "aber wenn es kein weiteres Indiz für einen Brand gibt, tun wir es nicht."

Das Kruzifix an der Wand muss mit feuerfester Spezialfarbe imprägniert werden

Auch die Braunschweiger Grundschule Heinrichstraße, in der alle Garderobenhaken abmontiert wurden, zählt nicht gerade zu den besonders gefährdeten Orten. "Gebrannt hat es bei uns noch nie, selbst in zwei Weltkriegen nicht", sagt Schulleiterin Germaid Rau. Ein halbes Jahr nach dem Überfall im Morgengrauen sind im Einvernehmen mit Feuerwehr und Bauamt wenigstens die Jacken und Schuhe wieder in die Flure zurückgekehrt. Kleiderhaken gibt es zwar nicht mehr, dafür aber lange Reihen bunt angemalter Metallspinde. Darin sollen alle Textilien [<https://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2016-07/greenpeace-studie-zara-esprit-nike-textilien-schadstoffe>] nach jeder Pause eingeschlossen

werden, so können sie kaum Feuer fangen. 80 Euro hat die Anschaffung pro Schüler gekostet – und der Lärm beim Auf- und Zusperrn ist ohrenbetäubend. Auch Schülergemälde sollen bald an die Flurwände zurückkehren – hinter Glasrahmen. Und selbst die Kruzifixe in der benachbarten katholischen Grundschule hängen wieder an der Wand – fein säuberlich mit Feuerschutzfarbe imprägniert.

Die Stimmung jedoch hat sich verändert. "Früher gab es einen Weihnachtsbaum im Flur und Adventskränze mit Kerzen", erinnert sich Grundschulleiterin Gabriele Hübner, "und wenn wir Kunst ausstellen wollten, haben wir fix ein paar billige Pinwände bei Ikea geholt." Der Umgang mit den Regeln war locker und die Schule ein Ort zum Wohlfühlen. Inzwischen sei sogar die Kerze für Geburtstagskinder tabu, sagt Hübner: "Erlaubt wäre das nur noch, wenn ein Feuerlöscher und ein Sandeimer griffbereit danebenstehen."